

lichkeit an den Tag legen. Was die wirtschaftliche Seite betreffe, so müsse sich Sachsen eingliedern in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches. Dieser sächsische Sonderfeiertag habe sich aber wirtschaftlich sehr störend bemerkbar gemacht. Es sei nicht unbegründet, wenn gesagt werde, in Sachsen gehe die Arbeit im neuen Jahre erst am 7. Januar los. Hinter der die Verlegung des Epiphaniastages wünschenden Industrie stehe jetzt der gesamte Mittelstand. Eine soziale und hygienische Notwendigkeit, wie die Regierung behauptet, sei die Beibehaltung des Festes nicht. Für alle, die im Tagelohn arbeiteten, sei der Lohnausfall ein schwerer wirtschaftlicher Nachteil. Der Widerstand der Festbesoldeten sei selbstverständlich. Für die Regelung der Ruhezeiten zu sorgen, könne nicht Sache eines einzelnen Bundesstaates sein, sondern müsse dem Reiche überlassen bleiben, das sich dieser Pflicht auch in ausgiebigem Maße unterzogen habe. Die Bereitwilligkeit der Regierung, in Erörterungen einzutreten, wie man durch Ausnahmegestimmungen die Übelstände beheben könne, genüge nicht. Sie würde nur neue Schwierigkeiten und Unklarheiten schaffen. Er bitte, nach Lage der Sache von Verweisung des Antrags an eine Deputation abzusehen und ihn gleich in Schlußberatung zu nehmen. (Beifall.)

Staatsminister Graf **Bülow** von **Waldow**: Die Regierung ist bereit, Ausnahmen in der gegenwärtigen Gesetzgebung in solchen Fällen zu gestatten, wo Übelstände bei der jetzigen Feier des Festes hervortreten. Die Regierung ist der Ansicht, daß derartige Ausnahmegestimmungen genügen, insonderheit, da auch nach § 105 k der Gewerbeordnung generelle Ausnahmen festgesetzt werden können. Weitgehende Ausnahmegestimmungen bestehen bereits für die Leipziger Messen. An den Messontagen und am Epiphaniastage darf in Leipzig 10 Stunden gearbeitet werden. Es besteht nach Ansicht der Regierung kein dringendes Bedürfnis, den Lohnarbeitern diesen Ruhetag zu nehmen.

Abgeordneter Dr. **Spieß**-Pirna (Konsf.) gibt die Erklärung ab, daß die Mehrzahl der Konservativen dem Antrage zustimmend gegenüberstehen. Maßgebend waren dabei die volkswirtschaftlichen Interessen.

Abgeordneter **Bauer**-Aue (Natf.) vertritt den Antrag vom Standpunkt der Arbeiter aus, die nach den vielen Weihnachtstagesfeiertagen das Bedürfnis haben, nun wieder Geld zu verdienen.

Abgeordneter **Stödel**-Crostwitz (Konsf.) möchte das Epiphaniastagefest als einen würdigen Abschluß des Weihnachtstages erhalten wissen.

Abgeordneter **Richter**-Chemnitz (Soz.) ist der Meinung, man könne nicht die wirtschaftlichen Interessen ausschlaggebend sein lassen. Das einzig Gute, was die Arbeiterschaft von der Staatskirche habe, sei, daß sie Feste feiern könne. Die Festtage seien zum Ausspannen nötig, denn die Arbeit stelle immer höhere Anforderungen an Körper und Geist. Seine Fraktion habe keine Lust, durch Verlegung des Feiertages die Arbeiterschaft um einen Ruhetag zu bringen. Seine Fraktion werde gegen den Antrag stimmen.

Abgeordneter **Dürr**-Leipzig (Freikonsf.) erinnert daran, daß die Synode sich deutlich dahin geäußert habe, sie lege keinen Wert auf diese Festesfeier, wenn überwiegend wirtschaftliche Momente dagegen sprechen. Für den Leipziger Buchhandel sei eine Einheitlichkeit in dieser Festesfeier von größter Wichtigkeit. Solche Sonderstellung im geeinten deutschen Vaterlande sei nicht zu begreifen. Der Linken müsse er entgegenhalten, daß der Abgeordnete Goldstein im Landtage 1906 sich für die Beseitigung dieses Festtages ausgesprochen habe, weil er einen Ausfall an Verdienst und überdies eine Gelegenheit zu neuen Ausgaben bedeute.

Abgeordneter **Günther**-Plauen (Fr. Vp.) betont, auch die Arbeitgeber würden gern einen Ruhetag mehr haben, aber die Rücksicht auf die geschäftlichen Interessen seien wichtiger. Er werde für die Annahme des Antrages stimmen.

Abgeordneter **Merkel**-Mylau (Natf.) bedauert bei diesem Anlasse, daß in einem Industriestaate wie Sachsen die Regierung immer wieder sich weigere, der Industrie Konzessionen zu machen. Wunderbar sei es, daß sich die Sozialdemokraten, die die Religion als Privatsache erklären, nach den süddeutschen vielen Feiertagen sehnen. Das scheine bald, als wenn die Linke dafür Propaganda machen wollte, das Königreich Sachsen katholisch zu machen. (Weiterleit.)

Abgeordneter **Viener**-Chemnitz (Ref.) sieht auf dem Standpunkte, es werde dem kirchlichen Leben in keiner Weise Abbruch geschehen, wenn dem Antrage stattgegeben würde. Deshalb sei er mit der Tendenz des Antrages vollkommen einverstanden.

Abgeordneter **Bauer**-Aue (Natf.): Der Abgeordnete Richter berücksichtigt nicht, daß an jedem katholischen Feiertage gearbeitet werden darf, während bei uns streng gefeiert werden muß.

Abgeordneter **Hähnel**-Ruppitz (Konsf.): Wir lassen uns in der Lausitz nicht von materiellen Gesichtspunkten leiten. Der größte Teil der Arbeiterschaft bei uns ist gegen die Aufhebung, und ich werde gegen den Antrag stimmen.

Abgeordneter Dr. **Spieß**-Pirna (Konsf.) betont, daß, wenn die Rechte auch nicht einmütig für den Antrag eintrete, doch die Mittelstandsfreundlichkeit der Rechten unerschütterter sei.

Abgeordneter Dr. **Loebner**-Leipzig (Natf.) vertritt den Standpunkt, daß man sich nicht nur von religiösen Gesichtspunkten leiten lassen dürfe. Die Synode selbst habe die wirtschaftlichen Gesichtspunkte beachtet.

Abgeordneter **Sindermann**-Briesnitz (Soz.) versichert nochmals den sozialdemokratischen Standpunkt. Nachdem drei Sonntage vor Weihnachten den ganzen Tag gearbeitet werden dürfe, sei ein Ruhetag sehr erwünscht, auch für die Postbeamten, die in der Neujahrszeit überlastet seien.

Vizepräsident **Opitz**-Treuen (Konsf.) erinnert daran, daß die Synode ihren Beschluß unter der Voraussetzung faßte, daß Gründe gewichtigster Art auf sozialem Gebiete für die Verlegung des Festes sprechen. Der Beweis, daß derartige Gründe vorhanden sind, sei aber nicht genügend geführt. Seine Fraktion wisse das Gewicht der Gründe zu schätzen, die für die Haltung der Regierung ausschlaggebend sind. (Beifall rechts.)

Abgeordneter **Richter**-Chemnitz (Soz.) erklärt, man dürfe nicht den reinen Portemonnaiestandpunkt einnehmen. Wenn man jetzt nachgebe, komme in einigen Jahren das Reformationsfest und der Bußtag an die Reihe. Die Sozialdemokratie sei durchaus nicht gewillt, der Arbeiterschaft den Verdienst zu nehmen. Bei einigem guten Willen ist es dem Arbeiter möglich, den Ausfall wieder einzuholen.

Abgeordneter **Günther**-Plauen (Freif. Vp.): Wir meinen, daß es unmöglich ist, daß der Arbeiter einen solchen Ausfall einholen kann. (Zuruf von links: Lohnerhöhung!) Der Abg. Sindermann hätte keine Ahnung, wie es manchmal einem Arbeitgeber an Ruhetagen zumute sei.

Abgeordneter **Langhammer**-Chemnitz (Natf.) kritisiert das Eintreten des Vizepräsidenten Opitz für die Regierung, insbesondere den Minister des Innern. Er fährt fort: Wenn ich Präsident wäre . . . (große Heiterkeit) —, würde ich mich bedanken, wenn Herr Vizepräsident Opitz meine Verteidigung übernehmen wollte. Die Interessen des Unternehmertums und der Arbeiterschaft gehen in dieser Frage Hand in Hand, weil unser Sachsen ein hochindustrielles Land geworden ist.

Abgeordneter **Rißche**-Dresden (Soz.) stellt fest, daß der Abgeordnete Goldstein hier im vorigen Landtage allerdings eine andere Haltung eingenommen habe als heute seine Fraktion; er habe sich aber nachträglich auf einen anderen Standpunkt gestellt.

Abgeordneter **Sindermann** (Soz.) hält eine hitzige Rede, während der er von den meist in den Gängen stehenden Abgeordneten immer stürmischer zur Sache gerufen wird. Er spricht u. a. von den 3/4 Millionen Wählern, die seine Partei hinter sich habe.

Vizepräsident **Opitz**-Treuen (Konsf.) wendet sich gegen die kritisierenden Bemerkungen des Abgeordneten Langhammer. Es sei eine alte Pflicht der konservativen Partei, die Sache der Regierung gegenüber unberechtigten Angriffen zu verteidigen.

Abgeordneter **Döhler**-Crimmitschau (Natf.) stellt gegenüber dem Abgeordneten Sindermann, der auf den Crimmitschauer Streik zu sprechen kam, fest, daß als Folge davon in Crimmitschau 2000 nationaldenkende Arbeiter erstanden sind. Die äußerste Linke vertrete nur die sozialistischen Arbeiter. Die übrigen Fraktionen vertreteten sämtliche Arbeiter.

Abgeordneter **Sindermann** erwidert, daß Austritte aus dem nationalen Arbeiterlager in Massen eingehen. Wo seien bei der Landtagswahl die nationalliberalen Arbeiter geblieben?

Der Antrag wird hierauf in folgender Fassung: